

Verbrauchern droht neue Öko-Abgabe

Experten: „Abwrackprämie für Heizungen“ teurer als EEG-Umlage

DANIEL WETZEL

Die Gebäudesanierung in Deutschland kommt nicht voran. Die Politik droht mit einem wichtigen Ziel der Energiewende zu scheitern – dabei erwartet die EU-Kommission gerade jetzt von jedem Mitgliedsland wirksame Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz. Die deutsche Politik erwägt deshalb nun eine neue Umlage auf Heizöl- und Gasimporte. So sollen die gut sechs Milliarden Euro zusammenkommen, die nach übereinstimmender Schätzung der meisten Gutachter nötig sind, um den Sanierungsstau im Gebäude- und Heizungsbereich aufzulösen. Zahlen sollen die Brennstoff-Großhändler, die ihre Kosten auf die Verbraucher abwälzen können, ähnlich wie bei der Ökostromförderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz.

Doch Ökonomen warnen: Wird das von der Politik diskutierte Prämienmodell umgesetzt, droht den Verbrauchern eine Heizkostenbelastung, die sogar noch höher ausfällt als die Kosten der Ökostrom-Subventionen. Im Wahlkampf wurde zwar viel über die Belastung durch die Ökostromförderung gestritten, die 2013 bereits einen Betrag von 20 Milliarden Euro erreicht hat. Doch ein viel größeres Projekt der Energiewende tauchte in den Debatten kaum auf: die vollständige energetische Sanierung des deutschen Häuserbestandes bis 2050. Eine weltweit einzigartige Mammutaufgabe, die sich die Bundesregierung da in ihrem Energiekonzept vorgenommen hat. Nur: Die Sanierungsquote dümpelt bei einem Prozent

pro Jahr vor sich hin, trotz eines 1,8 Milliarden Euro schweren Förderprogramms der bundeseigenen KfW. Nötig wäre mehr als das Doppelte.

Institute und Gutachter im Auftrag der Bundesregierung sind sich einig: Zuschüsse von rund 6,2 Milliarden Euro pro Jahr

wären nötig, um die Hausmodernisierung so auf Tempo zu bringen, dass die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreicht werden. In mehreren Berichten schlagen sie ein sogenanntes Prämienmodell nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) vor. Danach sollen Milli-

arden in einem Fördertopf gesammelt werden, aus dem dann Zuschüsse an sanierungswillige Haus- und Heizungsbesitzer gezahlt werden: eine Art Abwrackprämie für Heizungen. Dass solche Milliardensummen nicht aus dem allgemeinen

Steueraufkommen zu stemmen

sind, hält auch die Heinrich-Böll-Stiftung für ausgemacht.

Die den Grünen nahestehende Stiftung findet: „Am aussichtsreichsten erscheint in dieser Situation die Einführung eines Umlagesystems.“ Branchenverbände für Erneuerbare

Energien haben sich der Forderung nach einer Heizungsumlage angeschlossen. Die

Idee: Die Prämie wird in Anlehnung an das EEG von den Heizstoff-Großhändlern ausbezahlt, die die Kosten durch eine Umlage an ihre Kunden weitergeben.

Die Verbände der deutschen Mineralölindustrie sind alarmiert. Sie gaben beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln ein Gutachten in Auftrag, um die Kostenbelastung der Verbraucher genauer zu bestimmen. Das Ergebnis der Wissenschaftler, das der „Welt“ bereits vorliegt, lässt kein gutes Haar an den Plänen für eine Wärme-Umlage. Wenn jährlich eine Summe von 6,2 Milliarden Euro durch eine Umlage auf den Verbrauch von Heizöl und Erdgas zusammenkommen muss, würde das einen Betrag von 1,8 Cent pro verbrauchter Kilowattstunde Wärmeenergie bedeuten, errechnete das Team um den IW-Abteilungsleiter Hubertus Bardt. Belasten würde dies zwei Drittel aller Haushalte in Deutschland, nämlich alle 27 Millionen Haushalte mit Öl- und Gasheizung.

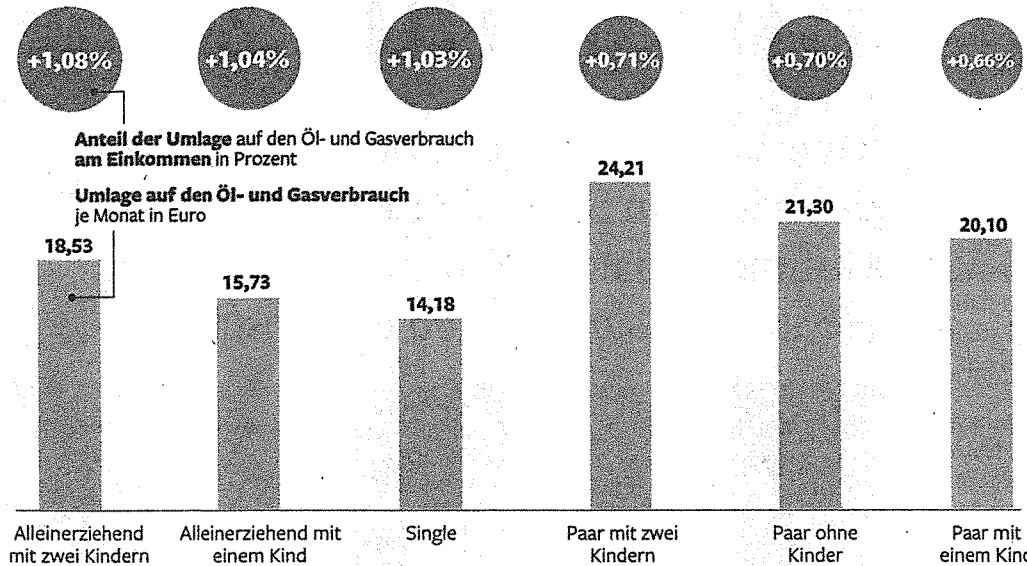
Eine Wärmeumlage von 1,8 Cent pro Kilowattstunde sieht zwar optisch geringer aus als die EEG-Umlage im Strombereich, die bereits 5,3 Cent erreicht hat und im kommenden Jahr voraussichtlich auf mehr als sechs Cent steigen dürfte. Doch weil der Heizkostenanteil im Budget eines durchschnittlichen Haushalts größer ist als der Stromkostenanteil, schlagen diese 1,8 Cent auf den Wärmeverbrauch viel stärker zu Buche als die EEG-Umlage für Elektrizität. Laut IW-Berechnungen würde eine Heizumlage eine Familie mit zwei Kindern im Durchschnitt mit mehr als 24 Euro im Monat zusätzlich belasten. Zum Vergleich: Für die Subventionierung von Ökostrom zahlt eine Familie derzeit „nur“ rund 15 Euro im Monat. Doch damit nicht genug: Die Kostenbelastung wäre unter den Verbrauchern auch sozial höchst ungerecht verteilt. Gemessen an ihrem Einkommen würde eine Wärme-Umlage das ärmste Zehntel der Bevölkerung dreimal stärker belasten als die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung, so die Studie.

Wesentlich besser und volkswirtschaftlich sinnvoller ließen sich die Klimaschutzziele der Bundesregierung im Gebäudebereich durch die Einführung steuerlicher Abschreibungsmodelle und eine Ausweitung der bisherigen KfW-Programme erreichen, heißt es in dem IW-Gutachten. Und auch hierfür liegen ausgefeilte Vorschläge der Heizungsindustrie auf dem Tisch. Der Bundesregierung war es jedoch nicht gelungen, dies gegen Widerstände in Bundestag und Bundesrat durchzusetzen.

BEIM HEIZEN DROHT KOSTENEXPLOSION

Monatliche Mehrbelastung der Haushalte

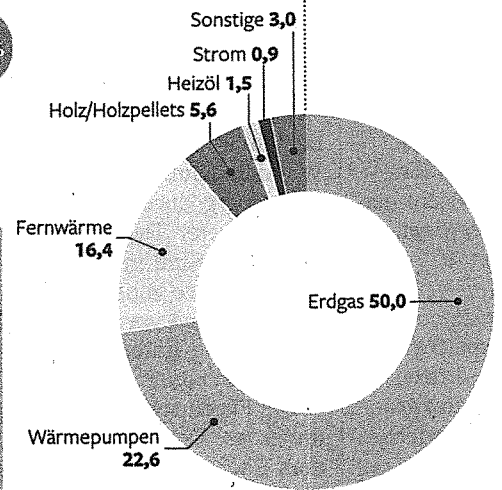
durch eine Umlage auf den Öl- und Gasverbrauch in Höhe von 1,8 ct/kWh



Alle Werte beziehen sich auf die Durchschnitte der jeweiligen Haushaltstypen

DIE € WELT INFOGRAFIK

Energieträger im Haus



Anteile der Beheizungssysteme im Neubau 2011

QUELLE: BDEW /

STATISTISCHE LANDESÄMTER

QUELLE: IAW

KOMMENTAR

DANIEL WETZEL

Aus Fehlern lernen

Die Bundesregierung steckt in einer Zwickmühle: Die EU-Kommission verdonnert sie zur Umsetzung einer Effizienzrichtlinie, die von allen EU-Mitgliedern strikte Energiesparmaßnahmen fordert. Dabei hatte sich Bundeskanzlerin Merkel in ihrem Energiekonzept 2010 ohnehin schon das ambitionierteste Klimaschutzprogramm der Welt verordnet: Sie will, dass der gesamte Häuserbestand 2050 fast vollständig klimaneutral saniert ist. Dieser Fahrplan ist inzwischen drei Jahre alt, auf dem Weg vorangekommen ist man jedoch nicht.

Die nötige Verdreifachung der Förderprogramme im Gebäudebereich scheiterte bislang an der Blockade der Opposition im Bundesrat und am fehlenden Durchsetzungswillen der Regierung. Die kommende Bundesregierung wird aber nur dann glaubwürdig für die Energiewende stehen, wenn sie die Dinge im Gebäudebereich endlich voranbringt. Da liegt es nahe, die Fehler

bei der Subventionierung von Ökostrom zu wiederholen: Wenn sich aus dem Bundeshaushalt nicht die nötigen Steuermilliarden herausholen lassen, sollen doch einfach die ungeliebten Energieunternehmen zahlen, diesmal die Großhändler von Heizöl und Erdgas. Wenn sie die Förderkosten auf die Endverbraucher umlegen, liegt der Schwarze Peter bei ihnen, den bösen Energieunternehmen, und nicht bei der Politik, die das Umlagesystem eigentlich zu verantworten hat. Im Strombereich hat dieses Spiel ja bereits vorzüglich funktioniert.

Dies wäre freilich ein allzu bequemer Weg, der bald in der Sackgasse enden dürfte. Eine weitere Milliardenumlage, die an jeder parlamentarischen Kontrolle vorbei die Verbraucher belastet, dürfte die bereits angeschlagene Akzeptanz der Bevölkerung für die Energiewende endgültig erodieren lassen.

daniel.wetzel@welt.de